

Neubau Polizeipräsidium Rheinpfalz

Das neue Polizeipräsidium Rheinpfalz soll an einem zentralen Standort mitten in Ludwigshafen errichtet werden.

Ergebnisse des Architektenwettbewerbs vorgestellt

Für den Neubau hat das Land Rheinland-Pfalz einen Architektenwettbewerb ausgelobt. Die preisgekrönten Entwürfe wurden am Mittwoch, 21. Februar 2018, in Ludwigshafen der Öffentlichkeit vorgestellt. Insgesamt haben 25 Architektinnen und Architekten an dem Realisierungswettbewerb teilgenommen, die in einem vorgeschalteten Bewerberverfahren ausgewählt wurden. Die Aufgabe war anspruchsvoll: Auf dem nicht sehr großen trapezförmigen Gelände sollen rund 9.100 Quadratmeter Nutzfläche und rund 450 Arbeitsplätze funktional untergebracht werden. Baurechtlich ist ein maximal zehngeschossiges Gebäude möglich. Der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz stellte als Vertreter der Landesregierung auch im Namen seiner Kollegin Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen die prämierten Entwürfe vor.

Die Preisträger des Wettbewerbes sind:

- 1. Preis: Prof. Tobias Wulf, Stuttgart
- zwei 2. Preise:
Harter + Kanzler Architekten, Freiburg
Code Unique Architekten, Dresden
- An die Architekten "Leon + Wohlhage, Berlin" und "Müller + Reimann, Berlin" wurde je eine Anerkennung vergeben.

Ziel des Wettbewerbes war ein städtebaulich, architektonisch und funktional hervorragender und damit insgesamt nachhaltiger Entwurf für das neue Polizeipräsidium. Das Gebäude soll bürgernah und offen wirken und zugleich die Aufgaben der Polizei als Garant der öffentlichen Sicherheit und Ordnung widerspiegeln. Zudem spielte die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes bei der Errichtung und im Betrieb eine wesentliche Rolle bei der Entscheidungsfindung.



Das Preisgericht, bestehend aus erfahrenen Architektinnen und Architekten, der Oberbürgermeisterin sowie Vertreterinnen und Vertretern der Polizei und des Finanz- und Innenministeriums tagte am 19. und 20. Februar 2018 unter dem Vorsitz von Prof. Felix Wächter aus Darmstadt.

Im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren werden mit den Verfasserinnen und Verfassern der Siegerentwürfe Verhandlungsgespräche geführt, in denen weitere Kriterien für die Auftragsvergabe abgefragt werden. Auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses wird dann die Planung mit Fachingenieuren für Statik, Haustechnik und Elektro ausgearbeitet und der Investitionsbedarf ermittelt, der in die Haushaltsberatungen auf Landesebene einfließt.

Vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung durch den rheinland-pfälzischen Landtag wird der Baubeginn für Ende 2020 angestrebt. Die Bauzeit ist auf circa drei Jahre veranschlagt.

Ausstellung

Die Ausstellung der Entwürfe ist in der Zeit vom 22. bis 27. Februar im Info-Center der GAG an der Rheinpromenade 10 in Ludwigshafen geöffnet. Die Besuchszeiten sind von 14 bis 18 Uhr.

Kaufvertrag unterzeichnet



Mit ihren Unterschriften unter den Kaufvertrag für das Baugrundstück haben der rheinland-pfälzische Finanzstaatssekretär Dr. Stephan Weinberg und Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck am Freitag, 2. Februar, die Voraussetzungen zum Bau des neuen Polizeipräsidiiums im Zentrum von Ludwigshafen geschaffen.

Das Land erwarb von der Stadt eine 4.358 Quadratmeter große unbebaute Fläche an der Heinigstraße nördlich der Hochstraße Süd. Das Grundstück an der Heinigstraße, das an seiner Rückseite von der Bürgermeister-Hoffmann-Straße begrenzt wird, ist aus einem Standortvergleich für den Neubau des Polizeipräsidiiums Ludwigshafen als das am besten geeignete hervorgegangen. Der Stadtrat hat dem Verkauf des Geländes am sogenannten Südwestknoten für rund 1,3 Mio. Euro an das Land Rheinland-Pfalz Ende des vergangenen Jahres zugestimmt. In dem hier entstehenden Gebäude sollen die rund 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Präsidiums Rheinpfalz zukünftig unter einem Dach arbeiten. Bislang sind ihre Dienststellen auf mehrere Standorte im Stadtgebiet verteilt.

Architekturwettbewerb ausgelobt

Für den Neubau hat das Finanzministerium einen Architektenwettbewerb ausgelobt. Auf der Grundlage seines Ergebnisses wird die Planung ausgearbeitet und in diesem Zuge der Investitionsbedarf ermittelt, der in die Haushaltsberatungen auf Landesebene einfließt. Vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung durch den rheinland-pfälzischen Landtag wird der Baubeginn für Ende 2020 angestrebt. Die Bauzeit ist auf circa drei Jahre veranschlagt.

Baurechtlich ist auf dem trapezförmigen Gelände ein maximal zehngeschossiges Gebäude möglich. Auf einer Nutzfläche von rund 9100 Quadratmetern sollen 450 Arbeitsplätze entstehen. Lediglich die Inspektion Ludwigshafen 2 im Stadtteil Oppau sowie die Wache in Oggersheim werden auch künftig separat betrieben.